

Inhaltsverzeichnis

MERKUR, 3.9.2010: CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg: Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße ist Schritt in positive Zukunft.....	1
DIE WELT: 04.09.10 Noch im September Entscheidung über Wilhelmsburger Reichsstraße.....	1
HAN, 6.9.2010: Reichsstraße: Es geht um Zeit und Geld.....	2
TAZ, 7.6.2010: Zehn Millionen für neue Schnellstraße.....	3
HA (Harburg), 8.9.2010: "Es gibt zeitliche Risiken".....	4
HA (Harburg), 8.9.2010Kommentar: Der Zeitplan ist kurios.....	5
HAN 8.9.2010: Reichsstraße, Kritik am Ausbau.....	5
Die Welt: 10.09.10: Verlegung der Reichsstraße bis 2013 fraglich.....	6
HA, Harburg, Leserbriefe, 10.09.2010: Verdummungsversuch.....	7
NDR-Online: Wilhelmsburg: Geld für Umbau der B 4 / B 75	8
Wedel-Schulauer Blatt, 11.9.2010: Bundesstraße auf Wanderschaft	8

MERKUR, 3.9.2010: CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg: Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße ist Schritt in positive Zukunft

03.09.2010 / 14:17. Noch im September wird die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg die Senatsmitteilung zur Verlegung der B4/75 „Wilhelmsburger Reichsstraße“ beraten und entscheiden. Die Drucksache wurde der Bürgerschaft vom Senat vor wenigen Tagen übersandt. „Ich bin froh, dass wir so schnell nach der Sommerpause diese Drucksache beraten und eine für Wilhelmsburg sehr wichtige Entscheidung treffen werden“, kommentierte der Fachsprecher für den Sprung über die Elbe der CDU Bürgerschaftsfraktion, Jörn Frommann, die Vorlage.

„Die Äußerungen des Vereins „Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.“ und anderer Gegner zeugen von Unkenntnis der Drucksache“, erklärt der Wilhelmsburger in seiner Stellungnahme. „Der Verein nennt in seiner ablehnenden Stellungnahme keinen einzigen Grund, der inhaltlich gegen die Verlegung spricht. Stattdessen wird weiter latent mit den Ängsten der Bürger gespielt und mit falschen Behauptungen argumentiert.“ Entgegen der Aussagen der Gegner wird die Verlegung große Vorteile für Wilhelmsburg bringen, erläutert der CDU-Mann und verweist auf die Senatsdrucksache.

In der Drucksache sind insbesondere die Fragen des zusätzlichen Lärmschutzes, der verbesserten Wohnqualität und der Chancen für den Stadtteil aufgeführt. Vor wenigen Tagen hatte nunmehr auch die rot-grüne Koalition in Hamburg-Mitte die Vorteile der Verlegung anerkannt. „Besser spät, als gar nicht“, lautet der Kommentar des CDU-Abgeordneten dazu. „Ich erwarte nunmehr auch vom Bezirk, dass er dieses Großprojekt mit allen Kräften unterstützt. Ein Verzicht auf diese Maßnahme und der dann notwendige Ausbau der bestehenden Trasse hätte dem Stadtteil Perspektiven für die Zukunft genommen und ihm den endgültigen Todesstoß versetzt“, ist sich Frommann sicher. „Nicht umsonst hat das Bürgerbeteiligungsverfahren vor rund zehn Jahren eben diese Verlegung der Reichsstraße gefordert und ins Weißbuch geschrieben.“

http://www.dermerkur.de/artikel/verlegung_der_wilhelmsburger_reichsstrasse_ist_schritt_in_positive_zukunft/45892/426/7

DIE WELT: 04.09.10 Noch im September Entscheidung über Wilhelmsburger Reichsstraße

Von Olaf Dittmann

In die Debatte um die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße kommt Bewegung: Noch in diesem Monat soll die Bürgerschaft über die B 4/75 beraten und auch entscheiden, kündigte die CDU-Fraktion an. "Ich bin froh, dass wir so schnell nach der Sommerpause die Drucksache beraten und eine für Wilhelmsburg sehr wichtige Entscheidung treffen", kommentierte Jörn Frommann (CDU), Fachsprecher für den Sprung über die Elbe, die entsprechende Vorlage.

In der Wilhelmsburger Bevölkerung wächst derweil die Kritik. Joachim Bischoff (Die Linke) meint: "Entgegen dem Willen der Einwohner wurde der Stadtteil mit einem beispiellosen Kahlschlag der Grünflächen umgekrempelt. Durch eine Verdoppelung der Straßenbreite von 14 auf 28 Meter wird eine Stadtautobahn angestrebt." Und Michael Rothschuh und Manuel Humburg vom Verein "Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg" kritisieren: "Damit wird die bisher schon störende und lärmende Durchfahrtsstraße für die nächsten 50 Jahre als Parallelstrecke zur A 1 und A 255 zementiert." Frommann hält dagegen: "Die Äußerungen des Vereins zeugen von Unkenntnis der Drucksache. Er spielt latent mit den Ängsten der Bürger." *od*

HAN, 6.9.2010: Reichsstraße: Es geht um Zeit und Geld

Der nächste Schritt zur Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße ist gemacht: Der Hamburger Senat hat eine Mitteilung an die Bürgerschaft auf den Weg gebracht, in der unter anderem 10,4 Millionen Euro eingefordert werden. Denn die Zeit drängt: Bis 2013 müssen alle Baumaßnahmen abgeschlossen sein.



Bündelung der Verkehrsflüsse: So soll die Reichsstraße in Zukunft neben der Bahnlinie verlaufen.

Wilhelmsburg. In zweieinhalb Jahren soll die Internationale Gartenschau (IGS) und die Internationale Bauausstellung (IBA) mehrere Hunderttausend Gäste auf die Elbinsel locken. Unter anderen wegen dieser Großveranstaltungen und der damit verbundenen Entwicklungen soll die Reichsstraße - wie berichtet - nach Osten an die Bahntrasse verlegt werden: "Mit der Bündelung der Verkehrswege werden hier völlig neue Voraussetzungen für die städtebauliche Entwicklung in Wilhelmsburg initiiert", heißt es in der entsprechenden Bürgerschaftsdrucksache des Senats.

Als weitere Ziele werden Lärmreduzierung unter anderem durch neue Lärmschutzmaßnahmen angegeben. Außerdem befindet sich die aktuelle Reichsstraße in "einem durchgehend sanierungsbedürftigen Zustand", und die "Fahrbahnstreifen sind unterdimensioniert und entsprechen unter Sicherheitsaspekten keinem geltenden Regelwerk", heißt es weiter.

Bürgerinitiativen befürchten, dass durch eine neue, breitere und rundum sicherere B4/75 mehr Verkehr als die bisherigen durchschnittlich 55 000 Fahrzeugen innerhalb von 24 Stunden (Quelle: Drucksache 19/7116) angelockt werden. Sie rufen im Zuge der aktuellen Mitteilung dazu auf, "dass kostspielige und unrealistische Hauruck-Verfahren des Senats" zu stoppen, so Michael Rothschuh von dem Verein "Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg": "Die Probleme

betreffen Zeit und Geld. Das dürfte auch die Menschen aufregen, die der Verlegung der Reichsstraße grundsätzlich zustimmen." Außerdem fühlen sich die Mitglieder von "Zukunft Elbinsel" gegenüber den Menschen auf der anderen Elbseite benachteiligt: "In Othmarschen soll die A7 mit einem Grünzug gedeckelt werden, in Wilhelmsburg sollen neue Autobahnen entstehen."

Der in der Drucksache angegebene Zeitplan sieht vor, dass das sogenannte Planfeststellungsverfahren noch in diesem Jahr eingeleitet wird. Der Baubeginn ist für Anfang 2012 vorgesehen, sodass pünktlich zu IBA und IGS die Räder rollen können. In einer Pressemitteilung der Linkspartei heißt es hierzu: "Fachleute bezweifeln, dass dies technisch überhaupt möglich ist." Sie kritisiert, dass die Bürgerschaft nun trotz "aller Ungereimtheiten" und "im Eilverfahren" sowie "gegen massive Einwohnerproteste" der Verlegung und dem Ausbau der Reichsstraße zustimmen soll, wie es in einer Pressemitteilung heißt.

Ein Bestandteil der Senatsmitteilung ist, dass das Parlament in einer der nächsten Sitzung dem Hamburger Eigenanteil in Höhe von 10,4 Millionen Euro - insgesamt sind für die Reichsstraßen-Verlegung rund 77 Millionen Euro veranschlagt - zustimmen soll. Die BSU rechnet damit, dass dieses nächste notwendige Okay im Oktober erfolgt. Und zu den Horroszenarien einer IBA und IGS, die zwischen zwei Baustellen - einer an der alten, einer an der noch nicht fertiggestellten neuen Reichsstraße - stattfindet, sagte die Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU): "Wir liegen im Zeitplan."

Zu einer der Fragen, die die Mitteilung des Senats offen lässt, gehört die nach der Nutzung der bisherigen Reichsstraßen-Trasse. Die BSU-Pressestelle hierzu: "Das Nachnutzungskonzept für die bisherige Trasse muss noch erstellt werden." Einen Termin hierfür gebe es aber noch nicht.

Florian Kleist, HAN

TAZ, 7.6.2010: Zehn Millionen für neue Schnellstraße

VERKEHR Im September soll die Bürgerschaft den Hamburger Finanzierungsbeitrag für die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße frei geben

Die Pläne für eine Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße B4 / B75 nehmen Gestalt an. Am Freitag berät der Stadtentwicklungsausschuss über die Freigabe von 10,4 Millionen Euro, die Hamburg bei der Verlegung zuzahlen müsste. Den Rest übernimmt der Bund. Die Stadtentwicklungsbehörde würde gerne noch in diesem Jahr das Planfeststellungsverfahren für das Projekt einleiten.

Die Idee, die Reichsstraße zu verlegen oder ganz verschwinden zu lassen, war im Rahmen einer Zukunftskonferenz vor neun Jahren entstanden. Dadurch würde eine der Trennlinien, die den Stadtteil von Norden nach Süden durchziehen, verschwinden und die Lärmbelastung verringert. Was damals als kaum realisierbarer Traum erschien, stößt heute auf Widerstand im Stadtteil. VertreterInnen der Einwohnerschaft verlangen, die Schnellstraße müsse als solche gestrichen und der Verkehr anderweitig verteilt werden.

Zu der Ablehnung hat beigetragen, dass die neue Straße doppelt so breit werden soll wie die alte aus dem Jahr 1951. "Die Fahrbahnbreiten sind unterdimensioniert und entsprechen unter Sicherheitsaspekten keinem geltenden Regelwerk", stellt der Senat in seinem Bericht an die Bürgerschaft fest. Weil die Fahrbahnen so schmal seien, häuften sich die Unfälle. Bei der fälligen Grundsanierung müsste die Bundesstraße auch in ihrer heutigen Lage verbreitert werden.

Im Stadtteil machte daraufhin die Rede von einer neuen "Autobahn" die Runde - besonders brisant, weil die Stadtentwicklungsbehörde auch die Pläne für eine Hafenuferspur vorantreibt: eine Autobahn von der A 7 zur A 1.

Als Alternative zur Reichsstraße entwickelte Michael Rothschild vom Verein Zukunft Elbinsel eine Idee, nach der aus der Bundesstraße eine Stadtstraße mit Tempo 50 werden und der Lastwagenverkehr durch die angrenzenden Industriegebiete um die Elbinsel herum gelenkt werden soll. Zu verteilen wären 55.000 Fahrzeuge am Tag, davon 5.500 Lastwagen - das entspricht in der Dimension der Ludwig-Erhard / Willi-Brandt-Straße.

Ihren Charme bezieht die Idee einer Verlegung oder Aufhebung der Reichsstraße daraus, dass der Lärmteppich, der über dem Stadtteil liegt, kleiner würde. Auch bei einer Verlegung würde sich Krach auf die Eisenbahntrasse konzentrieren. Bei der Autobahn wie bei der Eisenbahn wären dann Lärmschutzwände oder -wälle fällig, die der Bund und die Bahn bezahlen müssten. Selbst Teile der Opposition wollen sich daher den Plänen nicht verschließen. "Wenn für die Anwohner ein besserer Lärmschutz auch in Bezug auf die Bahn erfolgt, dann sind wir dafür", sagt Martina Koeppen von der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Die Linke bezweifelt, dass der Lärmschutz finanzierbar wäre. "Eine die Insel zerschneidende Stadtautobahn wird von den Bürgern abgelehnt", sagt der Bürgerschaftsabgeordnete Joachim

Bischoff.

Durch die Bündelung mit der Bahn würde jedoch gerade eine zerschneidende Verkehrsachse wegfallen, was die Sache planerisch interessant macht. Das Wilhelmsburger Zentrum würde frei und könnte mit Leben gefüllt werden. **GERNOT KNÖDLER**

HA (Harburg), 8.9.2010: "Es gibt zeitliche Risiken"

Von Andreas Schmidt 8. September 2010, 06:00 Uhr

Senatorin Anja Hajduk äußert erstmals Zweifel an einer fristgerechten Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße

Wilhelmsburg. Die Hamburgische Bürgerschaft wird im Oktober über die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße entscheiden. Im Verlauf einer kurzen Sitzung hat der Senat in der vergangenen Woche beschlossen, dass Hamburg die neue Reichsstraße mit 10,4 Millionen Euro mitfinanzieren wird. Sie soll in Richtung Osten auf die Trasse der Bahn verlegt werden.

Laut der Bürgerschaftsdrucksache 19/7116 betragen "die Gesamtkosten der Baumaßnahme einschließlich Grunderwerb nach dem derzeitigen Stand der Kostenschätzung 67,4 Millionen Euro zuzüglich Planungskosten von 9,6 Millionen". Die Planungskosten zahlt Hamburg - so kommen auf die Stadt mindestens Kosten in Höhe von 20 Millionen Euro zu. Hinzu kommen noch Kosten für Kampfmittelsondierung und -räumung. Der Grunderwerb der bisherigen Trasse der B 4/75 werde "vom Grundstock für Grunderwerb abgewickelt", Kosten für die Folgeumbauten der derzeitigen Wilhelmsburger Reichsstraße sind in dem Papier nicht aufgeführt.

Besonders interessant ist der Punkt 7 der Drucksache mit dem Namen "Zeitplan". Demnach sollen noch in diesem Jahr die "Entwürfe Straße und Schiene" aufgestellt und das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden. "Noch in 2011" soll das "Rechtsverfahren mit Planfeststellungsbeschluss stehen". Baubeginn ist laut der Drucksache dann "ab Anfang 2012", "Inbetriebnahme Anfang 2013".

Damit wäre die Wilhelmsburger Reichsstraße pünktlich bis zur Eröffnung der Internationalen Gartenschau (igs) und der Internationalen Bauausstellung (IBA) im April 2013 auf den Bahndamm verlegt - die Reichsstraße, auf der täglich rund 55 000 Fahrzeuge fahren, würde das Gartenschaugelände nicht durchkreuzen.

Aber die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) äußert in dem Papier gleich Zweifel an der fristgerechten Realisierung: "Dieser Zeitraum bietet angesichts der fachlichen und rechtlichen Komplexität des Vorhabens wenig Spielraum. Sollten sich Zeitverzögerungen ergeben, die eine rechtzeitige Fertigstellung nicht ermöglichen, sind Alternativlösungen zu entwickeln."

Die Harburger Rundschau befragte die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Anja Hajduk, GAL, zu dem Zeitplan. Sie sagte: "Es gibt zeitliche Risiken, aber es gibt überhaupt keinen Grund, von den Planungen abzuweichen. Wir tun alles daran, die Wilhelmsburger Reichsstraße bis zur Eröffnung der Internationalen Gartenschau in Richtung Osten an die Trasse der Bahn zu verlegen. Aber man muss die Risiken ernst nehmen." Nach Informationen der Harburger Rundschau beginnt das Planfeststellungsverfahren für die Wilhelmsburger Reichsstraße frühestens im Spätherbst dieses Jahres. Es dürfte sich mindestens über ein Jahr erstrecken. Knackpunkt für den Zeitplan des Senats werden vor allem die Einwände Kirchdorfer Eigenheimbesitzer sein, die entlang der Bahntrasse leben und eine "Klagegemeinschaft Rechtsschutz Lebensqualität Wilhelmsburg" gegründet haben. Fundierte Klagen dieser Gegner der Reichsstraßenverlegung, so ist zu hören, können das Verfahren noch weiter verzögern, so dass ein Baubeginn "ab Anfang 2012" in Gefahr geriete.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Hamburg, dem Bundesverkehrsministerium und dem Eisenbahn-Bundesamt ist noch nicht hieb- und stichfest vereinbart worden: Unter Punkt 6 "Rechtsverfahren Bahn/Straße" heißt es, zwischen den Beteiligten werde "erörtert, in welcher Abfolge und durch welche Behörden die Entscheidungen getroffen werden müssen und können". "Vorstellbar" sei ein "gemeinsames Planfeststellungsverfahren, in dem zumindest über die Änderung der Straßen- und Bahnanlagen sowie über ein gemeinsames Lärmschutzkonzept durch die BSU entschieden würde".

Senatorin Hajduk sagte im Gespräch mit der Harburger Rundschau, sie werde sich vehement dafür einsetzen, dass die verlegte Wilhelmsburger Reichsstraße auf dem Bahndamm einen optimalen Lärmschutz bekomme. Unter Punkt 4.3 "Lärmschutz" heißt es in der Bürgerschaftsdrucksache 19/7116: "Im Ergebnis wird die neue B 4/75 vollständig und lückenlos mit Lärmschutzbauwerken versehen, die begrünt und stadtvträglich gestaltet werden. Dadurch wird die neue Straße auch optisch weniger wahrgenommen als die alte B4/75." Es müssten dafür Lärmimmissionswerte "an mehr als zehntausend Wohneinheiten in Wilhelmsburg ermittelt werden".

Auf die Stadt Hamburg kommen aber auch noch "sonstige Kosten" zu: "An der Westseite der neuen Trasse der B4/75 sind Lärmschutzkonstruktionen zum Schutz der igs-Flächen als vorgezogene Baumaßnahme vorgesehen", heißt es in der Drucksache. Die Gesamtbaukosten betragen 5,5 Millionen Euro brutto ohne Kampfmittelräumung - der Bund übernimmt davon nur den "gesetzlich notwendigen Lärmschutz".

"Im November dieses Jahres werden wir ein 'Gesamtmobilitätskonzept für den Hamburger Süden' vorlegen", sagte Senatorin Hajduk im Gespräch mit der Harburger Rundschau. Angesprochen auf die geplante Hafenuerspange durch den Süden der Elbinsel sagte die Senatorin, für den Hamburger Hafen sei eine bessere Abwicklung der Schiffsladungen auf die Schiene "ebenso wichtig".

HA (Harburg), 8.9.2010 Kommentar: Der Zeitplan ist kurios

Von Andreas Schmidt 8. September 2010, 06:06 Uhr

Die Wilhelmsburger Reichsstraße wird in Richtung Osten auf den Bahndamm verlegt.

Das wird die Hamburgische Bürgerschaft im Oktober mit großer Mehrheit beschließen. Für die Verlegung spricht vor allem, dass damit eine Nord-Süd-Trasse auf der Elbinsel verschwindet.

Kurios hingegen bleibt der Zeitplan der grünen Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk: Im Oktober 2009 unterschreibt sie eine Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund zur Wilhelmsburger Reichsstraße. Aber erst im November 2010 will sie ein "Gesamtmobilitätskonzept für den Hamburger Süden" vorlegen.

Die Bürgerbeteiligung auf der Elbinsel war von Anfang an Makulatur und hat Anja Hajduk nicht wirklich interessiert. Sie wollte von Anfang an die Reichsstraße verlegen. Das Projekt Hafenuerspange durch Wilhelmsburg hingegen ist nicht ihr Ding. Wer die Senatorin heute auf die Querspange anspricht, bekommt zu hören, eine bessere Eisenbahnbindung im Hafen sei "ebenso wichtig" - richtige Begeisterung hört sich anders an. Die Querspange ist eben eine Kröte aus dem Koalitionsvertrag mit der CDU, die sie schlucken musste.

Anja Hajduk dürfte als Senatorin in die Geschichtsbücher eingehen, die der Elbinsel eine neue Reichsstraße brachte. Dass sie den Baubeginn einer Hafenuerspange als Stadtentwicklungssenatorin noch erlebt, ist hingegen so wahrscheinlich, wie wenn die Reichsstraße pünktlich bis zum Beginn der Internationalen Gartenschau 2013 verlegt worden sein wird.

HAN 8.9.2010: Reichsstraße, Kritik am Ausbau

Auch die "Engagierten Wilhelmsburg" üben scharfe Kritik an den Senats-Plänen zur Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße. Dabei macht die Bürgerinitiative nicht an der Elbe halt: "Dazu passt der geplante teilweise Ausbau der Bremer Straße in Harburg", heißt es in einer Mitteilung.



Auch das Außengelände der "Bruzzelhütte" könnte von der Neugestaltung an der B75 betroffen sein.

Marmstorf. Mit der Erweiterung dieses Nadelöhrs an der B75 und der Entscheidung für einen Ausbau der Reichsstraße "auf Autobahnstandard hat der Senat einen weiteren Schritt zum Fernstraßenausbau des Hamburger Südens gemacht", so die Bürgerinitiative, die in den vergangenen Monaten immer wieder mit spektakulären Demonstrationen auf sich aufmerksam gemacht hatte. So hatten die "Engagierten Wilhelmsburger" unter anderem einen Protestzug mitten auf der Reichsstraße initiiert.

Wie berichtet, liegen Pläne vor, die einen vierspurigen Ausbau der B75-Kreuzung am Friedhof vorsehen. Die Senats-Antwort auf eine Bürgerschaftsanfrage von Sören Schumacher (SPD) bietet neue Zahlen: Eine Verkehrszählung im vergangenen Jahr hatte 1900 Lkw binnen 24 Stunden ergeben. Und mehr: Während im Jahr 2008 bis Mitte September bereits 32 Tempokontrollen durchgeführt wurden, waren es im gesamten Jahr 2009 nur noch 14 und in diesem Jahr bisher vier. Dies sei - so Schumacher - um so unverständlicher als das Aufkommen an Lkw aller Wahrscheinlichkeit weiter zugenommen habe.

Aber in der entsprechenden Drucksache werden nicht nur Fragen beantwortet, sondern auch aufgeworfen. Am 20. August hatte der Senat noch auf die Frage "Plant der Senat einen Ausbau der Bremer Straße/B75?" mit einem klaren "Nein" beantwortet. In welchem Verhältnis dazu die auf März datierten Pläne für den Kreuzungsbereich stehen bleibt offen. Die zuständige Sprecherin der Behörde für Stadtentwicklung war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Die [Bruzzelhütte](#)

Florian Kleist

Die Welt: 10.09.10: Verlegung der Reichsstraße bis 2013 fraglich

Wilhelmsburger Anwohner drohen mit Klagen - SPD macht Lärmschutz zur Bedingung für Zustimmung

Von Olaf Dittmann

Der Senat will die Wilhelmsburger Reichsstraße bis 2013 verlegen - doch der Zeitplan droht zu kippen. Ziel ist es, die Bauarbeiten noch vor der Internationalen Bauausstellung (IBA) und der Internationalen Gartenschau (igs) in drei Jahren abzuschließen. Kritiker aber halten den Zeitplan für unseriös, Anwohner kündigten Klagen an, und ein Sprecher von Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk (GAL) räumte ein: "Es ist schwierig. Wir tun, was wir können, aber etwa das Planfeststellungsverfahren haben wir nicht gänzlich in der Hand."

Die Pläne sehen vor, die stark befahrene vierspurige B4/75, die die A252 und die A253 verbindet, um etwa 400 Meter nach Osten an die bestehende Bahntrasse zu verlegen. Vor der heutigen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses

zeigte sich die SPD mit der entsprechenden Drucksache des schwarz-grünen Senates zwar weitgehend einverstanden. Doch die Sozialdemokraten stellen zwei Bedingungen: "Erstens fordern wir eine Garantie, dass sich der Lärmschutz für die Anwohner östlich der Bahntrasse verbessert", sagt SPD-Mann Andy Grote. "Und zweitens muss es für die Abfahrt Rotenhäuser Straße eine vernünftige Lösung geben."

Der Senat betont, durch die Verlegung werde der gesamte Stadtteil entlastet. Und Jörn Frommann (CDU) meint, die vorliegenden Gutachten würden eine Verbesserung des Lärmschutzes ausweisen. "Zudem sorgen wir eventuell gemeinsam mit der Bahn für weitere Maßnahmen." Verzögerungen könnten durchaus teuer werden: Sollte die Verlegung nicht rechtzeitig erfolgen, müsste für die igs 2013 ein temporärer Lärmschutz eingerichtet werden. Frommann beziffert die Kosten dafür auf zwei bis drei Millionen Euro.

Die Linke glaubt nicht an den ehrgeizigen Zeitplan. "Das sind nur heroische Annahmen. Protest und Widerstand werden kommen", sagt Joachim Bischoff. So drohen zahlreiche Klagen von Kleingärtnern und Grundstücksbesitzern, die für eine Verlegung weichen müssten. Der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg richtete gestern einen Brief an die Ausschussmitglieder. "Der Zeitplan ist unmöglich, die Folgekosten sind nicht berechnet", kritisiert Vereinsmitglied Michael Rothschuh. "Die igs wird deutlich weniger Besucher haben, wenn nebenan gebaut wird, und offen ist, ob der Bund überhaupt zahlt, wenn sich alles verzögert." Rothschuh und Bischoff schlagen vor, die Lkw-Verkehrsströme zu ändern.

Bereits vor elf Monaten hatte Senatorin Hajduk mit dem Bundesverkehrsministerium eine Vereinbarung unterzeichnet - obwohl die Bürgerschaft der Verlegung noch nicht zustimmte. 10,4 Millionen Euro übernimmt Hamburg, 57 Millionen Euro die Bundesregierung. Hinzu kommen 9,6 Millionen Euro, die die Hansestadt für die Planung bezahlen muss. Von dem Vorhaben unabhängig ist die jahrzehntealte Idee einer Hafenufersperre, die A1 und A7 miteinander verbinden soll. Da diese in Berlin derzeit keine Priorität hat, ist eine Realisierung zumindest in den kommenden zehn Jahren eher unwahrscheinlich.

<http://www.welt.de/die-welt/regionales/hamburg/article9520109/Verlegung-der-Reichsstrasse-bis-2013-fraglich.html>

HA, Harburg, Leserbriefe, 10.09.2010: Verdummungsversuch

"Es gibt zeitliche Risiken"

Die Pläne um die Verlegung der Reichsstraße

Hamburger Abendblatt 8. September

Es ist erfreulich, dass Autobahnsenatorin Hajduk nun einräumt, dass die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße bis zum Beginn der igs und der IBA mit zeitlichen Risiken verbunden ist. Ich bin gespannt zu welchem Zeitpunkt sie den Hamburgern die volle Wahrheit zur geplanten Verlegung sagen wird.

Wenn sie behauptet, dass der Knackpunkt für den Zeitplan die Kirchdorfer Eigenheimer sind, so ist dies allerdings weniger als die halbe Wahrheit. Der Wahrheit näher kommt man, wenn man den von der Behörde selbst erstellten Zeitplan zugrunde legt. Dieser geht von 13 Monaten für das gesamte Planfeststellungsverfahren, von 6 Monaten für weitere Planungs- und Umsetzungsschritte und für Enteignungen und von 24 Monaten für die Bauausführung aus. Man braucht nicht einmal einen Taschenrechner um dann auf einen Mindestzeitbedarf von 43 Monaten zu kommen. Wenn also das Planfeststellungsverfahren im November in Gang gesetzt werden sollte, ist nach der behördeneigenen Zeitplanung der früheste Fertigstellungstermin Mai 2014. Bei diesem Termin haben die Kirchdorfer noch gar nichts zur Zeitverzögerung beigetragen.

Wenn Autobahnsenatorin Hajduk bei der Bauphase einfach 1 Jahr Bauzeit unterschlägt ("Baubeginn ab Anfang 2012, Inbetriebnahme Anfang 2013"), dann führt sie die Menschen bewusst und in dreister Weise hinter das Licht.

Senatorin Hajduk versucht jetzt mit aller Macht die Verlegung durchzusetzen, obwohl schon jetzt klar ist, dass selbst unter optimalen Voraussetzungen eine Verlegung nicht bis zur Eröffnung von igs und IBA möglich ist.

Damit ist klar, wenn Senatorin Hajduk nicht gestoppt wird, werden wir während der igs und IBA ein Verkehrschaos erster Güte und unzumutbare Provisorien in Wilhelmsburg erleben.

Mich ärgern die in diesem Artikel zitierten Äußerungen von Senatorin Hajduk. Ich halte es für pure "Schönrederei", wenn sie optimalen Lärmschutz verspricht. Schaut man dann einmal in die Planungsunterlagen so wird aus dem "optimalen Lärmschutz" der gesetzlich sowieso vorgesehene Mindestlärmschutz. Dies nenne ich versuchte Volksverdummung.

Weil sich dieser Verdummungsversuch wie ein roter Faden durch die Planungen der Senatorin zieht, trifft sie auf den nachhaltigen Widerstand bei vielen Wilhelmsburgern. Glaubwürdige und der Wahrheit verpflichtete Politik sieht anders aus, von grüner Umweltschutzpolitik kann jedenfalls keine Rede sein.

Hartmut Sauer

21109 Hamburg

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten.

NDR-Online: Wilhelmsburg: Geld für Umbau der B 4 / B 75

Die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße an die Bahnschienen nach Hannover hat eine entscheidende Hürde genommen. Wie NDR 90,3 am Sonnabend berichtete, empfahl der Stadtentwicklungs-Ausschuss der Bürgerschaft am Freitagabend die Bewilligung von zehn Millionen Euro für den Bau. Der Bund hatte bereits 57 Millionen Euro zugesagt. SPD und Linke bezweifeln aber, dass die Arbeiten rechtzeitig zur Gartenschau 2013 vollendet werden können.

Lärmschutz für Tausende Anwohner

Wie es in dem Bericht weiter heißt, soll es deutlich leiser werden in Wilhelmsburg, wenn die Reichstraße parallel zum Bahndamm verläuft - und nicht lauter, wie aufgebrauchte Anwohner befürchten. Das belegen Berechnungen, die Straßenplaner im Ausschuss vorstellten. Über fünf Meter hohe Lärmschutzwände sollen Bahngleise und die neue Straße ummanteln. Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk (GAL) sagte NDR 90,3: "Wenn man 10.000 Menschen deutlich besser schützen kann, dann ist das eine wirklich gute Botschaft. Und es erfordert auch so einen Mitteleinsatz - denn umsonst ist das auch nicht zu haben."

Die grüne Senatorin hofft, dass das Planfeststellungsverfahren ohne große Proteste läuft. Zudem will sie vom dem "sehr ehrgeizigen Ziel" nicht ablassen, die Reichsstraße bis 2013 zu verlegen. Gelingt das nicht, muss Hamburg einen millionenteuren Lärmschutz nur für die Zeit der Gartenschau bauen. Danach würde die Wand wieder abgerissen werden.

NDR Online, <http://www.ndr.de/regional/hamburg/reichsstrasse103.html>

Wedel-Schulauer Blatt, 11.9.2010: Bundesstraße auf Wanderschaft

11. September 2010 | 00:10 Uhr | von Markus Lorenz

(mit Bild von Demonstration auf der WRS)

HAMBURG. Eigentlich spricht alles für das Projekt. Hamburg will die viel befahrene Wilhelmsburger Reichsstraße verlegen, um das Zentrum des Stadtteils von der lärmenden, vierspurigen Bundesstraße zu entlasten. Nach den Plänen des schwarz-grünen Senats soll die B4/75 um 400 Meter nach Osten an eine Bahntrasse verschoben werden, wo weniger Anwohner vom Krach betroffen wären. Zugleich sieht die grüne Stadtentwicklungs-senatorin Anja Hajduk die einmalige Chance, mit Verlegung der Schneise die geteilte Mitte Wilhelmsburgs wiederzuvereinigen. Die alte Reichsstraße soll zurückgebaut werden, rundherum eine neue grüne Mitte mit bis zu 5000 Wohnungen entstehen.

So weit die Theorie. In der Praxis freilich verstummt der Widerstand gegen die gut klingende Idee nicht. Tausende Wilhelmsburger wehren sich beharrlich gegen die neue Trasse, für die der Bund und Hamburg rund 77 Millionen Euro ausgeben wollen.

Die versprochenen Segnungen vermag Michael Rothschiuh nicht zu erkennen. "Die neue Reichsstraße soll auf den Standard einer Stadtautobahn verbreitert und für den schnellen Fernverkehr attraktiv gemacht werden", fürchtet der Sprecher des Vereins Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg eher mehr als weniger Verkehr. Am neuen Standort an der Bahnlinie käme dann zum "punktuellen Krach der Züge der Dauerlärm von Autos hinzu". Rothschiuh verlangt, den Durchgangsverkehr ganz aus Wilhelmsburg fernzuhalten. Hajduks Planer widersprechen und verweisen auf ihre Gutachten. Die neue Reichsstraße werde dank "modernen Lärmschutzes" deutlich weniger Belastung bringen.

Am 15. September will die Bürgerschaft die Straßenverlegung beschließen. Eine Mehrheit scheint sicher. Dennoch steht Hajduk vor einer Zitterpartie, was vor allem am enormen Zeitdruck liegt. Unbedingt möchte der Senat die neue Stadtautobahn pünktlich zum Start der Internationalen Gartenschau (IGS) in Wilhelmsburg im Frühjahr 2013

einweihen. Der Termin ist aber nur zu halten, wenn es keine größeren Verzögerungen mehr gibt. Das ist fraglich, denn Grundstücksbesitzer und Kleingärtner haben schon eine Klärgemeinschaft formiert.

Wird der Bau nicht rechtzeitig fertig, hätte das für die Prestigeveranstaltung IGS unangenehme Folgen. Eine Großbaustelle direkt neben dem Gartenschaugelände würde Besucher abschrecken, die Einnahmen hinter den Erwartungen zurückbleiben, unkt Rothsuh.

Für die Links-Fraktion fordert Joachim Bischoff ein Ende der Planungen: "Die Zeiten, in denen derartige Großprojekte gegen den Willen der Bürger folgenlos durchgesetzt werden, sind endgültig vorbei."

<http://www.wedel-schulauer-tageblatt.de/nachrichten/norddeutschland/artikeldetail/article//bundesstrasse-auf-wanderschaft.html?print=1&cHash=0ca8cf9e98>
